

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

## Weshalb unterschiedliche Prognosen?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Schmahl, Hans-Jürgen (1987) : Weshalb unterschiedliche Prognosen?,  
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 67, Iss. 5, pp. 214-215

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136272>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## Weshalb unterschiedliche Prognosen?

Über den tatsächlichen Stand der Konjunktur weiß man jetzt kaum mehr als zu der Zeit, als die fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute ihr Frühjahrsgutachten zur Wirtschaftslage abgaben. Was seitdem an Daten hinzugekommen ist, betrifft in den meisten Fällen noch das erste Quartal, über dessen Einschätzung es keine unterschiedlichen Ansichten zwischen Mehrheit und Minderheit der fünf Institute gab; angenommen war ein leichter Rückgang des realen Bruttosozialprodukts gegenüber dem Schlußquartal des Jahres 1986. Es bleibt also abzuwarten, ob die weitere Entwicklung eher die „optimistische“ oder die „pessimistische“ Variante der Prognosen bestätigt.

In der Öffentlichkeit hat die Tatsache, daß das Verhältnis von Mehrheit zu Minderheit in der jüngsten Gemeinschaftsdiagnose drei zu zwei war, offenbar besonderes Aufsehen erregt. Fälschlicherweise wurde in manchen Medien behauptet, dies sei erstmalig so gewesen; in Wirklichkeit ist es auch früher gelegentlich vorgekommen. Doch der Frage, ob die Minderheit aus nur einem Institut, wie meistens in den nicht wenigen bisherigen Fällen, oder ob sie aus zwei Instituten besteht, sollte wirklich kein großes Gewicht beigemessen werden. Entscheidend ist, daß Grund gesehen wurde, aus den vorhandenen Anzeichen zwei verschiedene Schlüsse auf die weitere Entwicklung der Konjunktur zu ziehen. Ob getrennte Voten für die „Konsumenten“ der Prognosen hilfreich sind, etwa weil so die Risiken deutlicher werden, oder ob sie im Gegenteil die Prognosen „entwerten“, weil dem Benutzer die Entscheidung für die eine oder andere Variante überlassen bleibt, wird wohl immer umstritten sein. Das hängt sicherlich in erster Linie von den eigenen Urteilsmöglichkeiten des jeweiligen Benutzers ab.

Oft wird gefragt, wieso „aus den gleichen Daten unterschiedliche Schlüsse gezogen“ werden können. Doch diese Frage geht von unzutreffenden Vorstellungen aus. Die „gleichen Daten“, an die dabei gedacht ist, dürften vor allem die allgemein verfügbaren statistischen Angaben sein. Sie bilden aber nur einen kleinen Ausschnitt aus der Gesamtheit der Informationen, die der Prognostiker bei seiner Arbeit verwendet. Das Spektrum reicht von den sogenannten Voraussetzungen der Prognose, d. h. Annahmen – oder selbst schon Prognosen – über Größen wie die künftige Entwicklung des Welthandels, des Ölpreises, des Wechselkurses der D-Mark und der Wirtschafts- und Tarifpolitik, bis hin zu den Theoremen, die den Vorstellungen über den Ablauf wirtschaftlicher Prozesse zugrunde gelegt werden. Hier gibt es überall Spielraum für den Prognostiker. Unter diesen Umständen ist es nicht überraschend, daß sich Prognosen oft voneinander unterscheiden, sondern es ist eher erstaunlich, daß sie so oft recht ähnlich sind.

In der Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute wird versucht, aus den zunächst meistens nicht identischen Einschätzungen der verschiedenen Institute – die Unterschiede sind der Öffentlichkeit durchweg aus den Institutsveröffentlichungen bekannt – durch intensive Diskussion nach Möglichkeit zu einer einheitlichen Diagnose und Prognose zu kommen. Auf dem Prüfstand der Argumente wird manches aussortiert, umgeformt oder auch neu hinzugefügt. Wird weitgehende Übereinstimmung im Urteil erreicht, wobei es Unterschiede in den Nuancen immer geben wird, ist der Weg frei für ein einheitliches Votum. Bleibt es aber bei gravierenden Beurteilungsunterschieden, werden unterschiedliche Voten abgegeben;

das ist einem mehr oder weniger „faulen“ Kompromiß eindeutig vorzuziehen. In solchen Fällen kann sicherlich nicht davon die Rede sein, daß „gespaltene“ Prognosen für den Benutzer wertlos seien.

Die in der kürzlich vorgelegten Frühjahrsdiagnose der Institute zutage getretenen Auffassungsunterschiede sind, zumindest auf den ersten Blick, eher graduell als prinzipiell. Die Mehrheit (RWI-Essen, HWWA-Hamburg, IfW-Kiel) erwartet, „die gesamtwirtschaftliche Produktion wird nach dem Rückgang im Winterhalbjahr wieder deutlich steigen . . . In der zweiten Jahreshälfte dürfte die gesamtwirtschaftliche Expansion auch wegen der Nachholeffekte relativ stark sein“. Auch die Minderheit (DIW-Berlin, Ifo-München) rechnet damit, „daß es nach dem kräftigen, durch Sondereinflüsse verstärkten Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu Beginn des Jahres zunächst zu einem spürbaren Wiederanstieg kommt“. Anders als die Mehrheit meint sie aber, daß sich im zweiten Halbjahr daran nur eine schwache Aufwärtstendenz anschließen wird. Bei der Mehrheit führt der vergleichsweise stärkere Anstieg zu einem geschätzten Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts im Durchschnitt dieses Jahres von 2%, bei der Minderheit die schwächere Aufwärtsentwicklung zu einem solchen von nur 1%.

In der Begründung der divergierenden Erwartungen spielen sowohl bei der Mehrheit als auch bei der Minderheit außenwirtschaftliche Argumente eine wichtige Rolle. Die Mehrheit meint, „die Anpassung an die veränderten außenwirtschaftlichen Bedingungen ist zwar noch nicht abgeschlossen; auf Grund der Erfahrungen mit ähnlichen Entwicklungen in der Vergangenheit kann aber damit gerechnet werden, daß die Bremswirkungen noch in diesem Jahr fühlbar nachlassen werden“. Dagegen vertritt die Minderheit die Ansicht, „daß die außenwirtschaftlichen Einflüsse, die den Export hemmen und den Import zu Lasten der inländischen Produktion fördern, die wirtschaftliche Entwicklung im weitaus größten Teil des Jahres dominieren werden“. Zu diesem Ergebnis kommt sie schon deshalb, weil sie den Verlauf der Weltkonjunktur und des Welthandels ungünstiger einschätzt als die Mehrheit. Darüber hinaus erwartet sie aber offenbar auch, daß sich die Realaufwertung der D-Mark stärker und/oder länger auf die Außenhandelsströme auswirken wird, als die Mehrheit meint.

Das skeptischere Urteil der Minderheit über die Bremswirkungen der außenwirtschaftlichen Veränderungen bestimmt auch ihre Einschätzung der Aussichten für die Inlandsnachfrage. Sie folgert, daß „mit dieser langen Dauer (der Ungunst der außenwirtschaftlichen Einflüsse; H.-J. Sch.) die Rückwirkungen auf die Entwicklung der Inlandsnachfrage immer spürbarer werden“. Ganz anders ist hier die Sicht der Mehrheit: „Die inländischen Voraussetzungen für eine Fortsetzung der konjunkturellen Aufwärtsbewegung sind nach wie vor günstig. Die realwirtschaftlichen Anstöße der expansiven Geldpolitik sind beachtlich . . .“ Die Mehrheit mißt den monetären Impulsen also größere Bedeutung bei als die Minderheit. Hier werden Unterschiede im theoretischen Konzept der beiden Prognosen deutlich, die auch an anderer Stelle des Gutachtens eine Rolle spielen. Im Minderheitsvotum zum weltwirtschaftlichen Teil wird die ungünstigere Einschätzung der US-Konjunktur ausdrücklich damit begründet, daß die dort von der Geldpolitik ausgehenden Impulse geringer als von der Mehrheit eingeschätzt sein werden.

Eine Annahme, die beiden Prognosen gemeinsam zugrunde lag, kann inzwischen als bestätigt gelten: „Die Tarifabschlüsse werden nur wenig niedriger sein als im vergangenen Jahr. In wichtigen Bereichen werden Arbeitszeitverkürzungen vereinbart, diese werden aber erst im kommenden Jahr wirksam. Arbeitskämpfe mit nennenswerten Produktionsausfällen werden nicht angenommen.“ Nach den Tarifabschlüssen in der Metall- und der Druckindustrie ist diese Annahme Realität geworden. Von dieser Seite sind die Konjunkturprognosen also nicht mehr gefährdet. Die Erleichterung darüber, daß ein Arbeitskampf vermieden wurde und daß darüber hinaus für volle drei Jahre Ruhe an diesem neuralgischen Teil der Tariffrent gewährleistet zu sein scheint, ist allgemein groß. Weithin unbeachtet geblieben ist jedoch, daß dafür ein hoher Preis zu zahlen ist. Für die nächsten drei Jahre ist ein Schub der Arbeitskosten programmiert, der aller Voraussicht nach die Substitution von Arbeit durch Kapital beflügeln wird. Was heute wie ein Sieg der Vernunft aussieht, wird sich auf mittlere Sicht als Niederlage im Bemühen um eine Verbesserung der Beschäftigungschancen erweisen.